

Bürgerschaftstelegramm

Informationen aus der Hamburgischen Bürgerschaft

Nr.07 September 2007

www.Kretschmann-Johannsen.de



Liebe Freundinnen und Freunde ...



... die Stadt ist bei der CDU und Ole von Beust nicht in guten Händen. In der Schulpolitik geht es bspw. zur Zeit wieder drunter und drüber. Man fühlt sich an die Zeiten erinnert, als von Beust dieses wichtige Ressort dem Ex-Admiral Lange (FDP) anvertraut hatte. Senatorin Dinges-Dierig kann auf Nachfrage die Zahl der LehrerInnen in Hamburg nicht nennen. Hamburg ist nach 6 Jahren CDU-Regierung im Bildungsranking von Platz 4 auf Platz 8 abgesunken. Versehentlich hat man 1000 Lehrerstellen nicht an den Bund gemeldet. 2 Tage später will die Senatorin die Schulen für Werbung jeder Art freigeben, um weitere 2 Tage später alles wieder zurückzunehmen. Gute Schulpolitik sieht anders aus.

Jetzt zählt's: Gleichstellung bei der Erbschaftssteuer

Die Koalition in Berlin arbeitet an der Reform der Erbschaftssteuer. Die **SPD** hat bereits erklärt, dass sie sich dabei für die Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnern mit der Ehe einsetzen will. Die CDU ist hier jedoch immer noch auf

den ideologische Barrikaden.

„Ein "Noch Mehr" an Gleichstellung zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft wird es mit uns nicht geben. Wir akzeptieren die bisherige Gesetzgebung dazu, mehr aber auch nicht.“

(Daniela Raab am 21.Juni für die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag)

Dabei ist das Problem wirklich ernst. Denn: Bei der Erbschaftssteuer werden verheiratete Homosexuelle wie Fremde behandelt. Die Freibeträge von Eheleuten gelten bei Homosexuellen nicht. Die Folge: Eine gemeinsam bewohnte Eigentumswohnung oder ein Haus muss verkauft werden, damit die hohe Erbschaftssteuer bezahlt werden kann. Dann sitzt der hinterbliebene Partner auf der Straße. Die SPD ist zur Gleichstellung bereit. Die CDU muss nun zeigen, dass sie tatsächlich dazugelernt hat. Fordert Ole von Beust und die Hamburger CDU-Abgeordneten im Bundestag auf, sich in der CDU für die Gleichstellung einzusetzen und ihren Widerstand aufzugeben!



Anti-Diskriminierungsstelle für Hamburg

Angesichts der kürzlich vorgestellten ersten Jahresbilanz der Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes wird klar: Die von den Gegnern des **Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)** und vom Senat befürchtete Prozesslawine ist ausgeblieben. Die Frontalangriffe gegen die europäischen Richtlinien waren unbegründet. Die Einbeziehung der sexuellen Orientierung in den Diskriminierungsschutz war richtig. Gerade hiergegen hatte sich der CDU-Senat unter von Beust im Bundesrat gewandt. Das Gesetz hat eine wichtige Signalwirkung und Sensibilisierung geschaffen. Es bedarf dringend einer stärkeren Koordinierung des Schutzes vor Benachteiligung auch auf Landesebene, also in Hamburg. Der Senat unter Ole von Beust hat Einrichtungen wie die unabhängige Ausländerbeauftragte und das Senatsamt für die Gleichstellung abgeschafft. Eine Landes-Antidiskriminierungsstelle könnte die wichtige Aufgabe haben, Diskriminierungsfälle zu dokumentieren, in Konflikten zu beraten und die Menschen über ihre Rechte aufzuklären. In der Bürgerschaft wurde am 29./30.August ein Antrag der **SPD (Drs. 18/6725)** zur Einrichtung einer solchen Stelle beraten. Dabei ist der CDU eine echte Panne passiert. Viele CDU-Abgeordnete waren bei der Debatte des Antrags nicht im Plenarsaal, da sie das Thema offenbar wenig interessiert. Als es zur Abstimmung kam, konnten **SPD** und GAL mehrheitlich eine Überwei-

sung beschließen, weil von der CDU kaum jemand im Raum war. Damit kann der Antrag nun im Rechtsausschuss auch unter Hinzuziehung von Experten beraten werden. Die CDU will das AGG lieber totschweigen. Dabei kann das Gesetz die Gleichstellung wirklich voranbringen: So konnte ein Betriebsrat gerichtlich durchsetzen, dass die Frauen den gleichen Lohn wie die Männer in einem Hamburger Logistik-Unternehmen bekommen. Das hat das AGG erst möglich gemacht. Vorher hätten die Frauen selber einzeln klagen müssen, was bisher keine gewagt hatte. Der **SPD** geht es nicht um mehr Klagen, sondern um Sensibilisierung und Aufklärung über diese Rechte.

Termine :

Bürgerschaft

Die Bürgerschaft tagt wieder am Mittwoch 12. und Mittwoch/Donnerstag 26./27. September ab 15 Uhr. Interesse an einem Besuch? Anmeldung im Büro. Tel: 040/4100 10 38

Ausschüsse

Der **Europa-Ausschuss** tagt wieder am Dienstag 11. September, 17 Uhr. Der **Sozialausschuss** tagt am Dienstag 18. September um 17 Uhr. Der **Gesundheitsausschuss** tagt am Dienstag 6. September und Dienstag 25. September jeweils um 17 Uhr. Die Sitzungen sind öffentlich und finden i.d.R. im Rathaus statt.



Praktikum

Wer Interesse an einem Praktikum und/oder ehrenamtlichem Engagement in meinem Büro hat, meldet sich bitte bei Knuth Janshen im Büro



(Bild: Kampagne München)

Schule: SPD-Aufklärungskampagne im Ausschuss

Am 23. August hat der Schulausschuss der Bürgerschaft den SPD-Antrag für eine Aufklärungskampagne über Homosexualität an Hamburgs Schulen (Drs. 18/6023) besprochen. Die Senatorin, die gerade noch die Schulen für Werbung aller Art freigeben wollte, ist vom Sinn einer Plakatkampagne mit Internetangebot offenbar nicht überzeugt. Cola ja, Aufklärung, Nein? Das kann es auch nicht sein. Die Fraktionen einigten sich darauf, das „komplizierte“ und „schwierige“ Thema Aufklärung an den Schulen mit einer Expertenrunde zu beraten. Der Termin steht noch nicht fest.

CSD 2007 Nachlese



(Bild R. Trausch)

Der CSD-Empfang der SPD-Bürgerschaftsfraktion war

ein voller Erfolg. Michael Naumann, Spitzenkandidat der SPD Hamburg, sprach sich dafür aus, die Rechte von Schwulen und Lesben zu stärken. „Leider ist die Hamburger Stimme derzeit meist still, wenn es darum geht, die Lebenssituation von Homo- und Bisexuellen zu verbessern“, so Naumann. Der SPD-Politiker befürwortete eine rechtliche Gleichstellung mit Ehepaaren auch in Bezug auf das Steuerrecht und ein Recht auf Adoption. Herta Däubler-Gmelin, ehemalige Bundesjustizministerin und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, warnte davor, das Thema Gleichstellung ad acta zu legen. „Diskriminierung bekommen wir nur in den Griff, wenn wir auf allen Ebenen dagegen angehen“, so Däubler-Gmelin. Deshalb sei der CSD als politische Demonstration auch weiterhin notwendig. Die Rede von Lutz Kretschmann-Johannsen ist im Volltext unter www.kretschmann-johannsen.de nachzulesen.

Spart CDU-Senat die AIDS-Beratungsstelle kaputt?

Anonym, kostenlos, kompetent. Über Jahre hatte sich die Beratungsstelle Gesundheit am Lübeckertordamm einen guten Ruf erarbeitet. 2004 wurden dann massiv Stellen verlagert. Die verbliebenen zwei MitarbeiterInnen zogen um nach St. Pauli an das Bernhard-Nocht-Institut. Mit viel Engagement stemmten die beiden die nach wie vor große Nachfrage. Jetzt ist auf der Internetseite zu lesen, dass eine der beiden Stellen nicht besetzt ist. Folge: Psychologische Beratung kann z.Zt. nicht stattfinden. Ggf. müsse wegen Überfüllung geschlossen werden. Man wird an die Zentrale Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten verwiesen. Der Verdacht, dass hier eine Stelle für einen oder eine LBK-Rückkehrerin offengehalten

werden soll, liegt nahe. Bis es soweit ist, spart die Behörde jeden Monat die Personalkosten ein. Ob dies so ist, soll eine Kleine Anfrage (Drs. 18/6887) klären. Sollte sich das bewahrheiten, wäre das ein wirklicher Skandal. Denn alle Präventionsprojekte werben massiv für die HIV-Test's, damit sich die Menschen über ihren Infektionsstatus klar werden und ggf. ihr Verhalten anpassen.

Fehlt Ihnen etwas? Beratung kann helfen!

Das ist das Motto einer Kampagne zu verdeckter Armut in Hamburg der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege. Das ist der Dachverband von AWO, DPWW, Diakonie und Caritas in Hamburg. Verdeckte Armut ist ein verdrängtes Thema. Im Jahr 2004 haben aus diesem Grunde die Hamburger Wohlfahrtsverbände entschieden, eine Kampagne zu entwickeln, die über das Problem der verdeckten Armut informieren soll. Als Vorbild diente die Kampagne der Berliner Wohlfahrtsverbände. Gefordert wird u.a. ein Armutsbericht für Hamburg, den es zuletzt im Jahr 1997 gegeben hat. Seit von Beust regiert, verweigert der Senat die Vorlage eines solchen Berichts. SPD (Drs. 18/4891) und GAL haben immer wieder die Vorlage eines solchen Berichts beantragt. Die CDU lehnte ab. Infos unter: www.fehlt-ihnen-etwas.de

Kunst in der Fraktion

In den Räumen der SPD-Fraktion sind unter dem Titel „Flurstücke“ Bilder von Christine Carstens zu sehen. Christine Carstens hat in Hamburg an der HfBK studiert und lebt und arbeitet seit 1991 in Bargtheide. Die Ausstellung wurde am 28. August eröffnet und läuft bis zum 28. September. Sie kann Montags-Freitags von 9.00 bis 17.00 Uhr im Ham-

burger Rathaus. SPD-Fraktion 3. Stock kostenlos besichtigt werden.

Presse getäuscht?

2006 hat der CDU-Senat trotz massiv angestiegener HIV-Neuinfektionszahlen in Hamburg überproportional bei der AIDS-Prävention gespart. In einem Pressegespräch präsentierte Staatsrat Wersich jedoch Zahlen, die einen anderen Eindruck erwecken sollten. Plötzlich standen 116 Tsd. Euro an „Verstärkung der Zuwendungsmitteln“ in der Übersicht, die nicht näher konkretisiert waren. Eine solche Darstellung wurde der Bürgerschaft, die das Budgetrecht hat, nicht gegeben. Eine Kleine Anfrage (Drs. 18/6882) soll nun klären, um welche Mittel es sich handelte und ob diese Mittel auch 2007 zur Verfügung stehen. Die gezielte und gegenüber der Bürgerschaft abweichende Darstellung von Sachverhalten gegenüber der Presse hatte der CDU-Senat auch beim LBK-Verkauf immer wieder eingesetzt.

Dokumente

Alle im Text genannten Drucksachen (Drs.) sind unter der angegebenen Nummer im Internet unter www.buergerschaft-hh.de in der „Parlamentsdatenbank“ einsehbar.

Abgeordneten-Büro:

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Tel: 040/4100 1038
Fax: 040/4100 1039
Mail:
info@kretschmann-johannsen.de

Informationen über meine Arbeit in und für St. Georg und in der Bürgerschaft findet Ihr auch auf meiner Internet-Seite unter www.kretschmann-johannsen.de

Zum Abbestellen des Telegramms: Mail an info@kretschmann-johannsen.de mit dem Betreff „Telegramm“ senden.